Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 3

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

CHAOS AM HORN VON AFRIKA

Der globalpolitische Frontwechsel, der sich in den letzten Monaten im Konflikt zwischen Somalia und Äthiopien vollzog, hat seine Auswirkungen nicht nur auf das Verhältnis Moskau-Washington, sondern droht das Gefüge der ganzen Region ins Wanken zu bringen und Impulse auszulösen, die sich weiter durch Afrika fortpflanzen könnten. Unmittelbarer Nutzniesser der wirren Konfusion im Streit um die Wüsteneinöde von Ogaden scheint zunächst die *Sowjetunion* zu sein. Sie hat zwar ihre seit Jahren aufgebauten Positionen in Somalia eingebüsst, wo sie bei *Berbera* einen Raketenstützpunkt unterhalten hatte; dafür vermochte sie sich in Äthiopien festzusetzen, das auf lange Sicht ohne Zweifel über die stärkeren Ressourcen verfügt und dessen innere Wirren der UdSSR zumindest in nächster Zukunft die Garantie einer sicheren Etablierung zu geben scheinen. Zudem ist es den Sowjets auch hier wieder gelungen, den *kubanischen Helfershelfer* einzuschalten und sich damit in die bequeme Stellung rückwärtiger Berater zu manövrieren, die den direkten Fronteinsatz andern überlassen, welche man nach Belieben vorprellen oder fallen lassen kann.

Ob hingegen das Kalkül des Kremls auch langfristig aufgehen wird, ist eine andere Frage. Nach der abrupten Entfernung der sowjetischen «Experten» aus Ägypten vor einigen Jahren bedeutet der Hinauswurf aus Somalia vom vergangenen November ein weiterer empfindlicher Rückschlag für die Russen im Nordosten Afrikas, der zeigt, wie wenig die Sowjetunion in manchen Teilen der *Dritten Welt* das Geschehen im Griff hat und wie auch die Politik des Kremls sprunghaft und von den Einflüssen des Tages diktiert sein kann. Jedenfalls ist es im Augenblick schwierig zu ermessen, mit welchen Problemen die Sowjets möglicherweise schon in allernächster Zeit bei ihrem neuen Partner in Addis Abeba konfrontiert werden. Das Beispiel *Angola*, wo immer wieder Guerillakämpfe aufflackern, ist für Moskau nicht in jeder Hinsicht ermutigend.

Scheinbar völlig *an den Rand gedrängt* agieren die *USA* im somalisch-äthiopischen Grenzkonflikt. Die Zurückhaltung Washingtons, die Beschränkung auf Mahnungen und Warnungen an die beiden Streitparteien, droht zu einer weiteren Erschütterung des amerikanischen Prestiges in Afrika zu führen. Die Sowjetunion nützt geschickt den Umstand aus, dass Somalia formal leicht als *Aggressor* hingestellt werden kann, indem es das heikle Problem der einst von den Kolonialmächten in Afrika gezogenen Grenzen aufgeworfen hat, welche (um ein noch grösseres Chaos zu verhüten) von den jungen Staaten des dunklen Erdteils stillschweigend als *sakrosankt* akzeptiert worden sind. Um das Dilemma Washingtons noch zu vervollständigen, hat sich auch *Israel* in das Tohuwabohu gemischt, und zwar auf der Seite der

Äthiopier – in dem verständlichen Drang, den Aufbau einer arabischen Barriere am Südausgang des Roten Meeres zu verhindern, welche die Garantie der freien Schiffahrt durch die Strasse von Tiran illusorisch machen würde.

Das Chaos am Horn von Afrika scheint kaum zu entwirren zu sein. Moskaus Ziele sind klar. Jede Erschütterung erleichtert der UdSSR den Weg zur weiteren Infiltration im Bereich des Indischen Ozeans. Weicht Amerika weiter zurück, so dürften bald auch Auswirkungen auf die antisowjetische Haltung des Sudans und möglicherweise auch Ägyptens spürbar werden mit all den unübersehbaren Folgen in Richtung Nahost. Es gibt freilich die berechtigte Hoffnung, dass Russland auch hier wie früher schon oft in scheinbar abenteuerlichen aussenpolitischen Situationen, in die seine Machthaber es hineinmanövriert hatten, sich stets auch der *Limiten seiner Macht* bewusst blieb. So stellt letztlich die Politik Moskaus am Horn von Afrika wiederum vor allem einen jener *Pressionsversuche* dar, mit denen der Kreml Festigkeit und Verhalten des Westens testen will. Es ist denn auch am Westen – das heisst an den USA –, auf den sowjetischen Druck die richtige Antwort zu finden, ohne sich in unübersehbare und nicht durchzuhaltende Engagements zu verlieren.

Alfred Cattani

SOZIALPOLITISCHE QUADRATUR DES ZIRKELS

Die Ausmarchungen um die AHV, welche die Innenpolitik der letzten Monate so stark geprägt haben, hinterliessen einen zwiespältigen Eindruck – und zwar unabhängig von den Entscheidungen des Volkes, die bei Niederschrift dieser Zeilen noch ausstehen. Der Zwiespalt ist zunächst sachlicher Natur. Einerseits ist das Sekuritätsbedürfnis in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft mit der grossen Überzahl an lohnabhängigen Arbeitnehmern begreiflicherweise nach wie vor im Steigen begriffen. Anderseits lässt die wachsende Überalterung der Bevölkerung nur zwei Möglichkeiten offen, die Sozialleistungen zu verbessern: Entweder werden die aktiven Arbeitnehmer und Arbeitgeber massiv mit dem Abzug weiterer Lohnprozente «beglückt», oder aber der Staat muss noch tiefer in die Tasche greifen und sich dabei durch zusätzliche Steuereinnahmen irgendwie schadlos halten. Beides ist langfristig gesehen höchst bedenklich.

Als zwiespältig erscheint aber auch die Art und Weise der *politischen* Bewältigung dieser schwierigen Problematik. Unser politisches System bringt es mit sich, dass in solchen Fällen letzten Endes «Verständigungslösungen» angeboten werden, die so etwas wie das arithmetische Mittel der verschiedenen Standpunkte darstellen. Von höchster Stelle werden solche Lösungsangebote jeweils mit der landesväterlichen Ermahnung begleitet, dass der soziale Friede eben seinen Preis habe und dass eine Ablehnung des Kompromisses schwere politische Folgen haben müsste.

Solche Ermahnungen fallen beson-

ders dann auf fruchtbaren Boden, wenn Wahlen in Aussicht stehen. So verfehlten denn die ungezählten kleinen und grossen Parteistrategen unseres Landes in den letzten Wochen nicht, laut vorzurechnen, wie stark sich negative AHV-Parolen in künftigen Sitzverteilungen niederschlagen müssten. Gleichzeitig wurde dabei fast allseits betont, dass nach dem Ja zur 9. AHV-Revision unverzüglich zur «längst fälligen» sozialpolitischen Bestandesaufnahme geschritten werden sollte – was immer das heissen mag.

Es besteht kein Zweifel: Die Problematik ist objektiv schwer lösbar; sie ist ausserdem politisch hoch brisant; und sie bedarf ferner aus gesetzlichen und sachlichen Gründen immer wieder der Neureglementierung. Darüber hinaus ist unbestritten, dass unser politisches System den grossen Vorzug der Stabilität mit dem manchmal beträchtlichen Nachteil zu bezahlen hat, auch grossen Problemen faktisch nur mit der Methode der kleinen Schritte zu Leibe rücken zu können – wobei diese «kleinen Schritte» jeweils erst noch den unverwechselbaren Stempel der «Verständigungslösung» tragen.

So betrachtet erscheint der Ruf nach der «grossen sozialpolitischen Bestandesaufnahme» ebenso verständlich wie irreal. Letzten Endes wird immer die *politische* Gewichtung den Ausschlag geben, die ihrerseits durch so banale Dinge wie den Rhythmus der Legislaturen mit ihren Wahlterminen geprägt wird. Wir drehen uns mit andern Worten im Kreis herum. Wir *wissen* zwar um die immensen Schwierigkeiten der langfristigen Realisierung sozialer Sicherheit, und wir wünschten auch klarere Marschrouten. Doch wenn es ums Konkrete geht, handeln wir als systemkonforme Pragmatiker, sorgfältig darauf bedacht, jeden taktischen Fehltritt zu vermeiden. So wird die Sozialpolitik immer mehr zur politischen Quadratur des Zirkels. Wir bewegen uns von einer «zurzeit besten Lösung» zur andern, ohne zu merken, dass wir uns in Engagements einlassen, die wir langfristig kaum werden verkraften können.

Das ist eine Perspektive, die eigentlich nicht allein wegen der Riesenbeträge, um die es in der Sozialpolitik – und nicht nur bei der AHV – geht, und unabhängig vom jeweiligen politischen Standort schwere Bedenken auslösen müsste.

Richard Reich

SOZIALDEMOKRATISCHE OFFENSIVE GEGEN DIE BANKEN?

Es war zu erwarten, dass politische Offensivstrategen versuchen würden, das Stimmungsbild, wie es sich unmittelbar nach der Kreditanstaltaffäre aufgebaut hatte, für ihre systemverändernden Gelüste oder das, was sie als solche ausgeben, zu nützen. Repräsentanten der sozialdemokratischen Partei waren denn auch rasch mit Erklärungen zur Hand, die in dieser Richtung deuteten. Offenbar ist aber rhetorisches Vorprellen eines, die Eindampfung der gasförmigen Gedankengänge in eine politisch tragbare Initiative jedoch etwas ganz an-

deres. Dies dürfte denn auch der Grund dafür gewesen sein, weshalb es um diesen politischen Vorstoss vorerst einmal still wurde. Die Genossen hatten Mühe, sich auf ein ideologisch nicht allzu überladenes Konzept zu einigen. Was vor kurzem in die Presse durchsickerte und von einem SP-Parteitag sanktioniert werden soll, trägt nur noch minimal «revolutionäre» Züge. Es ist vielmehr vom krampfhaften Bemühen geprägt, auf dem Sumpfgelände einer Finanzaffäre «realistische» Politik zu betreiben. Von Verstaatlichung der Banken oder Ähnlichem ist nicht mehr die Rede.

Die zur Diskussion gestellten Massnahmen gruppieren sich um vier Schwerpunkte. Einmal wird – und dies ist wohl naheliegend, hat aber mit der Kreditanstaltaffäre nichts zu tun – zum xtenmal das schweizerische *Bankgeheimnis* ins politische Visier genommen: Lockerung des Bankgeheimnisses im Falle von Steuerdefraudation oder Devisenvergehen von Ausländern. Dies ist weder neu noch aufregend. Die letzte, periodisch um diesen Themenkreis auftauchende Diskussionsrunde wurde im vergangenen Jahr abgeschlossen. Man kann sie 1978 wieder aufnehmen ... Politische Lorbeeren lassen sich auf diesem Gelände kaum ernten, denn das Interesse der *Schweizer* an der heutigen Form des Bankgeheimnisses ist nicht parteipolitisch gebunden. Diskutabel ist diese Frage immer.

Der zweite Punkt bezieht sich auf die *Entflechtung* des Bankensystems, das heisst auf die Abstossung bankfremder Beteiligungen. Auch dies ein Thema, das in Bankenkreisen längst nicht mehr tabu ist. Von Bürgerschreck keine Spur ... Es entspricht vielmehr durchaus auch liberalen Vorstellungen.

Der dritte Punkt kreist um den *Sparerschutz*. Die Forderung nach einem verstärkten Sparerschutz tönt zwar ganz gut, entbehrt aber jeder Aktualität. Einmal ist der Schutz der Ersparnisse bereits relativ gut ausgebaut; und sodann sind Sparer bei den Bankenpleiten, die sich in unserem Lande im Laufe der Nachkriegszeit ereigneten, kaum zu Schaden gekommen. Auch hier also alles andere als ein Versuch, mit gravierenden Missständen aufzuräumen.

Endlich steht eine generelle staatliche *Interventionskompetenz* im Blick auf die Zins- und Kreditpolitik zur Debatte. Man wird präzisere Informationen abwarten müssen, um diese Aktionslinie mit einiger Zuverlässigkeit beurteilen zu können. Das Ziel einer solchen Interventionskompetenz ist bisher nicht mit ausreichender Deutlichkeit bekannt geworden. Jedenfalls ist schwer zu sehen, wie sie mit der Kreditanstaltaffäre in direkte Verbindung gebracht werden könnte. Kredit- und zinspolitische Massnahmen vermögen Unregelmässigkeiten von der Art, wie sie im Tessin vorgekommen sind, nicht zu verhindern. Dazu braucht es effiziente bankinterne und externe Kontrollen, die in der Zwischenzeit verfügt worden sind.

Was bleibt? Nicht allzu viel. Und die Erkenntnis, dass sich aus Finanzaffären, die – glücklicherweise – atypische Einzelfälle sind, kaum politisches Kapital schlagen lässt, ist auch nicht unbedingt neu. Die Energien, die die sozialdemokratische Partei in dieses Projekt investierte, wären jedenfalls einer edleren Sache wert gewesen.

Willy Linder